

A man with dark hair, wearing a dark pinstripe suit, a light blue checkered shirt, and a blue tie, is holding an open, empty brown leather wallet. The background is a blue geometric pattern.

Wie die Politik unser Leben verteuert!

Wohnen und Fahren werden teurer

Rundfunkgebühren werden erhöht

Verbot von Kunststofftragetaschen geplant

und vieles mehr ...





Liebe Mitsstreiter,

im Deutschen Bundestag kehrt Normalität ein. Die meisten Ausschüsse und Gremien tagen wieder regulär. Auch die Abstands- und Hygieneregeln werden nicht mehr so streng ausgelegt und eingehalten wie vor einigen Wochen. Zwar ist die Corona-Krise nach wie vor das wichtigste Thema, aber Themen wie der Klimaschutz holen auf.

Das führt zu einer gefährlichen Kombination: Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus und des Klimawandels gefährden den Wohlstand unseres Landes und unserer Bürger gleich doppelt. Zwischen den etablierten Parteien hat sich dabei ein regelrechter Überbietungswettbewerb entwickelt. Während die Christ- und Sozialdemokraten ein 130-Milliarden-Paket gegen die Corona-Krise verabschiedet haben, fordern die Grünen ein 600-Milliarden-Paket für den Klimaschutz und die Geschlechtergerechtigkeit. Zudem wird die Bundesrepublik Deutschland den Großteil des 750-Milliarden-Pakets der Europäischen Union finanzieren müssen. Dies soll zum Großteil mit neuen Schulden zulasten kommender Generationen finanziert werden. Darüber hinaus werden früher oder später auch die Steuern und Abgaben erhöht und weitere Verbote erlassen.

Die AfD ist in diesen schwierigen Zeiten umso wichtiger. Wir fordern unter anderem die Beendigung des Shutdowns, Umweltschutz statt Klimahysterie und plädieren für einen ökologischen Realismus und Technologieneutralität.

Euer
Andreas Bleck

In der Nacht vom 21. auf den 22. Juni wurde Stuttgart von Krawallen erschüttert. Auslöser war ein Polizeieinsatz, bei dem ein 17-jähriger Mann mit Migrationshintergrund auf Drogen kontrolliert wurde. In der Folge kam es zu massenhaften Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und Diebstählen. Etwa 500 Personen waren an den Krawallen beteiligt.

Muslime und Linke als Täter?

Die Polizeiführung ordnete die Täter der „Party- und Eventszene“ zu und schloss politisch motivierte Straftaten aus. Videos belegen jedoch, dass einige Personen „Allahu akbar“ (Allah ist am größten) und „A.C.A.B“ (Alle Polizisten sind Bastarde) riefen. Zudem war das Erscheinungsbild vieler Täter „südländisch“. Es ist wahrscheinlich, dass die Polizeiführung den Bürgern die Herkunft und Motivation der Täter aus politischer Korrektheit verschweigt. Das vermutet übrigens auch der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Bündnis 90/Die Grünen).

Rechtsstaat erodiert

Die Stuttgarter Krawallnacht erinnert unweigerlich an die Kölner Silvesternacht. Über mehrere Stunden gab es einen rechtsfreien Raum, in dem die Opfer den Tätern schutzlos ausgeliefert waren. Rechtsfreie Räume wie in jenen Nächten sind das Produkt eines erodierenden Rechtsstaats. Wer seine Grenzen nicht schützt und Kriminalität und politischen Extremismus nicht entschieden bekämpft, gibt einen Teil seiner Staatlichkeit auf und verheizt Einsatzkräfte wie Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst.

AfD verlangt Aufklärung

Die AfD-Bundestagsfraktion möchte die Stuttgarter Krawallnacht aufklären. Darüber hinaus ist sie die einzige Fraktion im Deutschen Bundestag, die für eine Law-and-Order-Politik, Grenzkontrollen und eine Abschiebung abgelehnter und straffällig gewordener Asylbewerber steht.



Wohnen und Fahren werden teurer

Der Deutsche Bundestag hat in erster Lesung den Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Brennstoffemissions-handelsgesetz (BEHG) der Bundesregierung beraten. Der Gesetzentwurf wurde in den Unterausschuss überwiesen.

Zertifikatepreise werden erhöht

Zum 1. Januar 2021 wird der nationale Emissionshandel für die Sektoren Wärme und Verkehr eingeführt. Die Verkäufer von fossilen Brenn- und Kraftstoffen werden damit zum Kauf von Zertifikaten für die CO₂-Emissionen verpflichtet. Ursprünglich sollte der Einstiegspreis bei 10 Euro und der Endpreis bei 55 Euro pro Tonne CO₂ liegen. Da dem Bundesrat dies nicht ausreichte, hat man sich im Vermittlungsausschuss auf höhere Preise zugestimmt. Der Einstiegspreis liegt nun bei 25 Euro, der Endpreis bei 65 Euro. Das Problem: Die Verkäufer werden die Erhöhung des Zertifikatspreises an die Verbraucher weitergeben. Wohnen und Fahren werden also teurer. Zwar möchte die Bundesregierung mit den Einnahmen die EEG-Umlage senken, aber eine Entlastung ist ungewiss, da die EEG-Umlage als Differenz zwischen der garantierten Einspeisevergütung und dem tatsächlichen Strombörsenpreis von Jahr zu Jahr schwankt.

Klimaschutz nur mit Kernkraft

Der gleichzeitige Ausstieg sowohl aus der Kohlekraft als auch Kernkraft ist unverantwortlich. Deutschland ist damit ein energiepolitischer Geisterfahrer. Klimaschutz darf nicht zulasten der Versorgungssicherheit gehen. Für eine günstige, sichere und zuverlässige Energieversorgung brauchen wir die Kernkraft. Im Unterschied zur Wind- und Sonnenkraft liefert die

Kernkraft nicht nur CO₂-frei, sondern auch stabilen Strom. Mit der Kernkraft muss man sich nicht zwischen Klimaschutz oder Versorgungssicherheit entscheiden. Reaktoren wie der Dual-Fluid-Reaktor (DFR) sind in der Lage, ohne GAU-Gefahr und Endlager-Problematik CO₂-freien und stabilen Strom zu liefern. Allerdings ist die ideologisch motivierte Energiewende nicht technologieneutral. Während die umwelt- und naturschädigende Windkraft gefördert wird, lässt man die Kernkraft als alternative Zukunftstechnologie vertrocknen.

AfD will BEHG streichen

Die AfD-Bundestagsfraktion beantragt in ihrem Entschließungsantrag (BT-Drs. 19/20075), das BEHG vollständig und ersatzlos zu streichen und die Umsetzung entsprechender Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union zu beenden. Darüber hinaus forderte sie bereits, dass Erneuerbare-Energien-Gesetz abzuschaffen.

Kostenbeispiele

Jährliche Heizkosten bei mittlerem Heizölverbrauch für eine 70 m² große Wohnung im Mehrfamilienhaus

2020	845 €
2021	930 €
⋮	
2025	1030 €

Kosten je Tankvorgang für ein Benzin-Auto mit 50 l Tankvolumen

2020	65 €
2021	69 €
⋮	
2025	74 €



Rundfunkgebühren werden erhöht



Die Ministerpräsidenten der Länder haben die Erhöhung der Rundfunkgebühren ab Januar 2021 von 17,50 Euro auf 18,36 Euro beschlossen. Allerdings müssen die Landtage noch zustimmen.

Rundfunk als Pensionskasse

Mit der Reform der Rundfunkgebühren in 2013 konnte der öffentlich-rechtliche Rundfunk erhebliche Mehreinnahmen erzielen. So nahm er 2019 insgesamt etwa 8 Milliarden Euro ein – ein neuer Rekord. Ob die Mehreinnahmen für die Weiterentwicklung des Sendebetriebs eingesetzt werden, ist fraglich. Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten kam 2018 zum Ergebnis, dass bis 2024 etwa 3 Milliarden Euro für die Pensionen fehlen. Zudem gibt es Mitarbeiter, die bereits nach wenigen Jahren Tätigkeit eine Pension in Höhe von 100 Prozent des letzten Gehalts erhalten. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk geriert sich also wie eine Pensionskasse mit nachgeordnetem Sendebetrieb.

Haltungsjournalismus ist linksgrün

Darüber hinaus mangelt es ihm an Neutralität. Interne Auswertungen belegen, dass die AfD in den Talkshows „Anne Will“, „Maybrit Illner“ und „Maischberger“ gemessen an ihrem Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2017 stark unterrepräsentiert ist. Die größte Oppositionsfraktion findet dort kaum statt – wenn doch, dann redet man nicht mit ihr, sondern über sie. Darüber hinaus wird indoktriniert und manipuliert. Statt zu berichten, was ist, wird berichtet, wie es sein soll. Während die Deutschen in der Flüchtlingskrise überwiegend männliche Erwachsene als Flüchtlinge wahrnahmen, zeichneten ARD, ZDF und Deutschlandradio in ihrer Berichterstattung ein Bild von überwiegend Kindern und weiblichen Erwachsenen. Zudem wurde über die Silvesternacht in Köln erst berichtet, als die massenhaften Belästigungen und Vergewaltigungen von

Frauen durch Flüchtlinge nicht mehr zu vertuschen waren. Dieser Haltungsjournalismus wird von vielen Journalisten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk propagiert. Dazu zählen unter anderem Georg Restle („Monitor“) und Anja Reschke („Panorama“), die keine Journalisten, sondern politische Akteure im journalistischen Tarnmäntelchen sind. Doch Restle und Reschke sind nur ein kleiner Teil eines großen Problems: Eine Studie von 2010 im Auftrag des Deutschen Journalisten-Verbands ergab, dass – im Unterschied zu den Deutschen – die Mehrheit der Journalisten den Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE nahesteht. In Kombination mit dem Haltungsjournalismus ist das gefährlich.

Deutsche bevorzugen Neutralität

Damit erklärt sich auch die Diskrepanz zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung bei Themen wie der Migrationspolitik. Dass das Vertrauen der Deutschen in die Medien gering ist, kann also nicht verwundern. In einer Studie von Reuters gaben 80 Prozent der Deutschen an, eine neutrale Berichterstattung zu bevorzugen. Dies ist zum einen als eine klare Absage an den Haltungsjournalismus und zum anderen als Aufforderung zur neutralen Berichterstattung zu verstehen.

Bürgerfunk statt Staatsfunk

Statt einem fetten Staatsfunk fordert die AfD einen schlanken Bürgerfunk, der seinen Informationsauftrag wahrnimmt und neutral berichtet. Dafür müssen Nischenprogramme abgeschafft und der starke Einfluss der Parteien im Rundfunkrat gebrochen werden. Zudem möchte sie die Zwangsgebühren abschaffen.

Verbot von Kunststofftragetaschen geplant

fen – weiterhin besteht, werden diese auch zukünftig nachgefragt bleiben.

Papier ist umweltschädlicher

Papier ist als Ersatzstoff für Einweg-Tragetaschen wegen der im Vergleich zu Kunststoff schlechteren Ökobilanz jedoch keine Alternative. Die im Gesetzentwurf beklagte „ineffiziente Ressourcennutzung“ würde durch den Gesetzentwurf selbst verschärft werden, da die Bundesregierung inkonsequenterweise Papiertragetaschen vom Verbot ausnimmt. Letztendlich würde nicht die Vermeidung, sondern die Substitution gestärkt.

Keine Verhältnismäßigkeit

Darüber hinaus sprechen auch rechtliche und wirtschaftliche Gründe gegen den Gesetzentwurf. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die von der Europäischen Union geforderte Verringerung des jährlichen Pro-Kopf-Verbrauchs bereits übererfüllt und die Littering-Problematik als Grundlage für gesetzgeberisches Handeln auch nicht präzisiert ist, bestehen erhebliche Zweifel an der Verhältnismäßigkeit. Zudem würden kleine und mittlere Unternehmen in der für sie ohnehin schon existenziell bedrohlichen Corona-Krise durch den Gesetzentwurf zusätzlich unter Druck gesetzt. Die oftmals für Jahre eingekauften Vorräte an Kunststofftragetaschen müssten vernichtet werden, was weder ökonomisch noch ökologisch vertretbar wäre.

AfD stellt Entschließungsantrag

Unter Federführung von Andreas Bleck hat die AfD-Bundestagsfraktion einen Entschließungsantrag gestellt. Darin fordert sie die Bundesregierung auf, ihren Gesetzentwurf zurückzuziehen und die Gespräche mit dem HDE zwecks Fortschreibung der Vereinbarung fortzuführen. Zudem soll sie Daten zum Verbrauch von Papiertüten erheben und veröffentlichen.

Die Bundesregierung plant, das Verpackungsgesetz zu ändern. Ziel ist es, das Inverkehrbringen von Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke zwischen 15 und 50 Mikrometern zu verbieten. Begründet wird das mit der Umsetzung europäischen Rechts und der Littering-Problematik.

Europäisches Recht bereits erfüllt

Die Bundesrepublik Deutschland hat die von der Europäischen Union geforderte Verringerung des jährlichen Pro-Kopf-Verbrauchs von Kunststofftragetaschen auf weniger als 40 bereits erreicht. Das ist nicht nur auf das gestiegene Umweltbewusstsein der Verbraucher und der damit einhergehenden Veränderung des Verbrauchsverhaltens, sondern auch auf die „Vereinbarung zur Verringerung des Verbrauchs von Kunststofftragetaschen“ zwischen dem Ministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und dem Handelsverband Deutschland (HDE) zurückzuführen. Zwischen 2015 und 2018 konnte der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch unter anderem durch Bepreisung um fast zwei Drittel von 68 auf 24 verringert werden.

Littering ist kein großes Problem

Dass die Bundesregierung ein Verbot von Kunststofftragetaschen einer Fortschreibung der bisher erfolgreichen Vereinbarung vorzieht, ist auch nicht mit der Littering-Problematik begründbar. Littering stellt in Deutschland kein großes Problem dar. Müll wird hierzulande gesammelt, gelagert und verwertet. Zudem machen Kunststofftragetaschen beim Verpackungsmüll nur einen Anteil von etwa einem Prozent aus. Da der Zweck von Einweg-Tragetaschen, – das Transportieren von Gelegenheits- und Noteinkäu-

Besuch bei schiitischer Gemeinde



Am 30. Juni besuchte Andreas Bleck in Berlin-Mariendorf eine schiitische Glaubensgemeinschaft. Nach einem gemeinsamen Essen sprachen Bleck und die schiitischen Muslime über den Islam in Deutschland.

Kritisches Religionsverständnis

Man war sich einig, dass die wortgetreue Interpretation des Korans ungeachtet seines historischen Kontextes abzulehnen sei und islamischem Terrorismus Tür und Tor öffne. Für Bleck ist ein Muslim gemäßigt, wenn er ein kritisches Religionsverständnis lebt und das Grundgesetz akzeptiert. Er konnte sich im Laufe des Gesprächs vergewissern, dass das auf die schiitischen Muslime zutraf. So stieß die Diskriminierung von Andersdenkenden und Frauen durch orthodoxe islamische Glaubensgemeinschaften und Verbände bei beiden Seiten auf Ablehnung. Dass ein Großteil der Muslime himmlisches Recht vor irdisches Recht stellen würde, wurde auch beklagt. Uneinig war man sich nur in der Frage, ob in öffentlichen Gebäuden religiöse Symbole wie das Kreuz oder das Kopftuch gezeigt werden sollten. Während die Muslime Religionsfreiheit in öffentlichen Gebäuden befürworteten, setzte sich Bleck für die weltanschauliche Neutralität ein.

Mehrheits-Islam problematisch

Beide Seiten hielten fest, dass der derzeitige Mehrheits-Islam problematisch sei. Die schiitischen Muslime führten das unter anderem auf den Einfluss orthodoxer Muslime zurück, die sel-

„Der Mehrheits-Islam ist problematisch. Gemäßigten Muslimen reiche ich jedoch die Hand. Sie sind für mich wichtige Gesprächspartner.“

Andreas Bleck (AfD)

ten Theologen, sondern oft politische Akteure seien. Insbesondere in der Deutschen Islamkonferenz würden radikale Muslime durch die Bundesregierung hofiert. Zudem bekämen diese eine öffentlichkeitswirksame Bühne, um für ihr Religionsverständnis zu werben. Die schiitischen Muslime baten Bleck, sich dafür einzusetzen, dies irgendwann auch gemäßigten Muslimen zu ermöglichen. Sie seien zuversichtlich, durch Waffengleichheit im innerislamischen Diskurs gegen die Orthodoxie bestehen zu können.

Kurzmitteilungen und Termine

Weltumwelttag

Am 5. Juni war Weltumwelttag. Er wurde unter anderem als Aktionstag für Recycling und zur Schärfung des Umweltbewusstseins eingeführt. Als konservative Partei möchte die AfD die Schöpfung bewahren. Deshalb hat die AfD-Bundestagsfraktion unter Federführung von Andreas Bleck in der Vergangenheit unter anderem einen Antrag zur Verringerung der Plastikvermüllung der Meere gestellt (BT-Drs. 19/9237).

Werbeartikel verschenkt

Das Bundesinnenministerium hat wegen der ausfallenden Veranstaltung des 30. Jahrestags der deutschen Einheit Werbeartikel im Wert von insgesamt 193.027,33 Euro an Bürger verschenkt. Das ergaben schriftlichen Anfragen von Bleck an die Bundesregierung (BT-Drs. 19/19887).

Mitgliederentscheid gescheitert

Der Mitgliederentscheid über die Durchführung eines Bundesparteitags als Mitgliederparteitag ist gescheitert. Zwar stimmten 6.349 Mitglieder für „Ja“ und nur 3.753 für „Nein“, aber das erforderliche Quorum von 20 Prozent der Mitglieder wurde knapp verfehlt.

Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Am 17. Juni 1953 erhob sich das Volk in der DDR gegen den Sozialismus. Der Aufstand wurde von der Roten Armee gewaltsam niedergeschlagen. 34 Aufständische wurden dabei getötet. Bis zur Einführung des 3. Oktobers als Tag der deutschen Einheit war der 17. Juni gesetzlicher Feiertag in der Bundesrepublik Deutschland.

Verbot der Antifa prüfen

Die AfD-Bundestagsfraktion hat den An-

trag gestellt, ein Verbot der Antifa zu prüfen (BT-Drs. 19/20074). Der Antrag wurde in den Innenausschuss überwiesen.

Gedenktag Flucht und Vertreibung

Am 20. Juni war der Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Während und nach dem 2. Weltkrieg wurden etwa 14 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat zunächst in die Besatzungszonen und später in die BRD und DDR vertrieben. Etwa zwei Millionen Deutsche überlebten ihre Flucht und Vertreibung nicht. Die Überlebenden erlebten dabei oft Plünderungen, Morde und Vergewaltigungen.

Mörgeli sprach zur direkten Demokratie

Am 30. Juni war der Schweizer Historiker und Nationalrat a.D. Prof. Dr. Christoph Mörgeli auf Einladung der Landesgruppe Rheinland-Pfalz/Saarland zu Gast im Deutschen Bundestag. Er sprach zum Thema „Direkte Demokratie – Die deutsche Politik aus Schweizer Sicht“.

Bürgerdialog mit Bleck und Bollinger

In den Sitzungswochen findet jeden Mittwoch um 19:00 Uhr der Online-Bürgerdialog mit Bleck und dem rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten Dr. Jan Bollinger statt. Sie berichten aus der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Nimm mit einem Klick auf die Sprechblase am Bürgerdialog teil und gib 393104861 ein.

Informationsfahrten nach Berlin

Die politischen Informationsfahrten des Bundespresseamts (BPA) nach Berlin bleiben wegen der Corona-Maßnahmen bis September ausgesetzt.

Mit Bleck auf Heimatkunde

Die Veranstaltungsreihe „Mit Bleck auf Heimatkunde“ wird wegen der Corona-Maßnahmen bis September ausgesetzt.

BLAMAGE DES MONATS



„Der Grund für die Pandemie ist die falsche Art und Weise, wie wir unsere Nahrungsmittel produzieren, Landwirtschaft betreiben und mit der Umwelt umgehen.“

*Renate Künast
(Bündnis 90/Die Grünen)*

„Wieder einmal offenbart sich der grüne Hass auf die deutsche Landwirtschaft als Irrsinn.“

Andreas Bleck (AfD)

Impressum:

Angaben gemäß § 5 TMG

Andreas Bleck, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 22779203
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: andreas.bleck@bundestag.de